

September 2005

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Engstirnigkeit und Intoleranz sind schlechte Berater:

BM Speicher gängelt den Stadtrat

In der letzten Ratssitzung vor den Sommerferien ging es um die Auflösung der Grundschulen St. Barbara und Viktoria und die Errichtung einer neuen Schule, die im „Pädagogischen Zentrum“ auf der Ritterstraße ihre Bleibe finden soll. Da dieser Vorgang in Zusammenhang mit der Landesschulpolitik steht, war es logisch, dass die DKP einige Bemerkungen dazu machte. Das passte dem Bürgermeister aber gar nicht in den Kram.

Zweimal unterbrach Martin Speicher den DKP-Vertreter mitten in seiner Rede, weil dieser angeblich nicht zur Sache spreche. Es gehe, so der BM, nur um Püttlingen und nicht um Landespolitik. Man muss schon ziemlich einfältig sein, um dieser Argumentation zu folgen. Obschon in Püttlingen seit geraumer Zeit über die Entwicklung im Schulbereich nachgedacht wird, kann die Entscheidung zur Veränderung der Schullandschaft in unserer Stadt nicht losgelöst von den Beschlüssen der Landesregierung betrachtet werden.

In einem erneuten Anfall von Engstirnigkeit und Intoleranz (oder ist diese Krankheit schon chronisch?) beschnitt

der Bürgermeister das Rederecht des Fraktionsvorsitzenden. Ginge es nach Oberlehrer Speicher, dann würde er bestimmen, was die DKP sagen darf und es gäbe im Stadtrat keine Möglichkeit, sich zur umstrittenen Schulpolitik der Regierung zu äußern. Dabei gibt es allen Anlass, sich damit auseinander zu setzen. So will das Bildungsministerium eine echte Ganztagschule im „Pädagogischen Zentrum“ auf der Ritterstraße nicht zulassen, obwohl es diesbezüglich einen einstimmigen Grundratsbeschluss des Stadtrates gibt.

Kritisch zu betrachten ist auch das Fehlen eines Konzeptes für das „Pädagogische Zentrum“ auf der Ritterstraße. Obwohl die DKP in den Ratssitzungen vom 2. März und 20. Juli d.J. ein solches Konzept angemahnt hat, weil alle Angaben zum geplanten Zentrum bislang nur mündlich erfolgt und teilweise sehr vage sind, weigert sich der Verwaltungschef beharrlich, die Karten auf den Tisch zu legen.

Angeblich sind die Überlegungen der Verwaltung und notwendige Verhandlungen noch in vollem Gange. Wenn alles spruchreif sei, werde der Stadtrat



Der Gebäudetrakt B der Schule Ritterstraße samt Wandelhalle muss erst saniert werden, bevor das geplante pädagogische Zentrum die Arbeit aufnehmen kann. Voraussichtlich im Herbst 2006 sollen die Arbeiten fertig sein.

DKP-Stadtratsfraktion

Offene Diskussionen
zu aktuellen Themen:

Bildungspolitik

Wie weiter mit der Schulen im Saarland, gibt es noch Alternativen für unsere Stadt?

mit dem Bildungsexperten
Peter Balnis, Saarbrücken

Dienstag, 6. September, 20 Uhr
Lokal „Zum Graf“, Ringstraße

Stadtmarketing

Welche Rolle spielen Stadtmanagement, Stadtprofiling und andere neue Begriffe?

mit dem Dortmunder
Professor Wolfgang Richter

Dienstag, 13. September, 19.30 Uhr
„Brauhaus“ am Burgplatz

Mehr zu den beiden Veranstaltungen lesen Sie auf den Innenseiten dieser Ausgabe.

damit befasst. Mit anderen Worten: Sobald alle Weichen gestellt sind und die Angelegenheit ausreichend vorgekaut ist, darf der Stadtrat die Sache schlucken. Wir nennen diese Vorgehensweise: Gängelung des Stadtrates!

Das von den Bürgern gewählte Beschlussorgan der Stadt hat bislang keine ausreichende Kenntnis von den Planungen sowie Verhandlungen der Verwaltung und schon gar keinen Einfluss darauf. Nach dem Willen der Verwaltung soll der Stadtrat erst zum Zuge kommen, wenn alles schon vorweg geregelt ist. Damit ist die DKP nicht einverstanden. Wir wollen wissen, wohin die Reise geht, das Ziel mitbestimmen und kontinuierlich über den Stand der Dinge unterrichtet werden. Die DKP-Erklärung ist auf Seite 3 nachzulesen.

Am 18. September:

Linkspartei
wählen!



Auf den Seiten 4
und 5 lesen Sie Beiträge
zur nächsten Bundestagswahl.

Ausgerechnet Familien, Rentner und Arbeitslose sollen Konzernprofite subventionieren:

Die Lüge vom „Nutzen“ einer höheren Mehrwertsteuer

Bereits im Juni hat sich Ministerpräsident Peter Müller für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgesprochen, denn dies sei „eine Steuer, die Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet“ (SZ vom 9. Juni 2005). Inzwischen hat auch Kanzlerkandidatin Merkel diese Zauberformel für den Aufschwung entdeckt.

Im Wahlprogramm der CDU werden der Mehrwertsteuererhöhung geradezu magische Kräfte zugeschrieben, denn gleich mehrere hunderttausend Jobs soll es bringen, wenn der Arbeitslosenbeitrag sinkt und die Mehrwertsteuer dafür steigt. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in einer Modellrechnung „wissenschaftlich“ nachgewiesen: 129.000 Arbeitsplätze entstehen, wenn die Sozialbeiträge um einen Prozentpunkt sinken. Merkel will deshalb auf Kosten höherer Mehrwertsteuer den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von jetzt 6,5 Prozent auf 4,5 Prozent reduzieren - das wären nach der DIW-Rechnung eine Viertel Million Arbeitsplätze.

Doch diese Rechnung ist genau so verlogen, wie vor drei Jahren die Ankündigung von Hartz und Schröder, mit Hartz IV werde sich innerhalb drei Jahren die Zahl der Arbeitslosen um 2 Millionen reduzieren.

Nach OECD-Angaben sind die tatsächlich gezahlten Lohnkosten in Deutschland seit 1995 nur um 10 Prozent gestiegen, im Schnitt aller OECD-Länder waren es 50 Prozent. Die Lohnstückkosten sind laut Sachverständigenrat heute inflationsbereinigt niedriger als Mitte der 70er Jahre. Und die Summe aller Nettolöhne und -gehälter liegt real, also preisbereinigt, im Jahre 2004 um 5,1 Prozent niedriger als 1991 (isw-wirtschaftsinfo 37).

16 Milliarden werden dem Konsum entzogen

Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften und Abstriche beim Lohnkostenanteil haben bislang keine Arbeitsplätze gebracht, sie haben aber die Massenkauftkraft auf dem Binnenmarkt reduziert und zu Profitrekorden auf der Kapitalseite geführt. So wird es auch bei der Mehrwertsteuer kommen. Denn durch die Anhebung dieser Steuer von



16 auf 18 Prozent würden 16 Milliarden Euro eingenommen, die jedoch dem Konsum entzogen werden, was dem Einzelhandel vier Prozent seines Umsatzes ausmacht.

Merkels Pläne bringen nur den Unternehmen einen Nutzen von etwa 8 bis 9 Milliarden Euro, die sie bei den Lohnkosten sparen. Angeblich soll das einen Investitionsschub auslösen. Fragt sich nur, warum die Unternehmer investieren und Leute einstellen sollen, wenn der Binnenmarkt ein weiteres Stück wegbriecht.

Übrigens berechnete das Statistische Bundesamt für den Fall der geplanten Mehrwertsteuererhöhung eine zusätzliche Verteuerung der Lebenshaltung von 0,9 Prozent. Bei einer Inflationsrate von aktuell 1,9 Prozent würde das zu einer Erhöhung beim Verbraucherpreisindex von fast 3 Prozent führen. Weitere Konsumzurückhaltung wäre damit vorprogrammiert.

Familien, Rentner u. Arbeitslose trifft es am stärksten

Modellrechnungen kommen zu dem Ergebnis, dass Lohn- und Gehaltsempfänger nur wenig von der Senkung des Arbeitslosenbeitrages merken, weil die Mehrbelastungen beim Konsum diese Einsparungen in etwa ausgleichen.

Nach Berechnungen des Einzelhandelsverbandes müsste ein Vier-Personen-Haushalt etwa 1.100 Euro im Jahr mehr für den Konsum ausgeben, um den bisherigen Lebensstandard zu halten. Ganz zu schweigen von den Pend-

lern, Schicht- und Sonntagsarbeitern, denen die CDU/CSU die Steuervergünstigungen kürzen bzw. streichen will.

Voll trifft die Mehrwertsteuererhöhung jene Haushalte, die keine Sozialabgaben zahlen, also auch nicht entlastet werden: Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfempfänger und Studenten - etwa die Hälfte aller Haushalte in Deutschland. Die sozial Schwachen werden also herangezogen, um das 8 bis 9 Milliarden große Entlastungsgeschenk für Unternehmer und Konzerne zu bezahlen.

Wer jetzt nicht wach wird, dem ist nicht zu helfen!

Nicht nur die CDU/CSU will mit der Mehrwertsteuer-Keule zuschlagen. Auch SPD, FDP und Grüne liebäugeln mit diesem Raubinstrument, sie wagen es nur nicht, vor der Wahl die Karten offen auf den Tisch zu legen. Deshalb heißt es wachsam sein und am 18. September eine Partei zu wählen, die für eine Kursänderung in Berlin eintritt und den Reichen an's Leder will.

Nach Lage der Dinge kommt diesmal nur die LINKSPARTEI in Frage. Sie ist den Reichen und ihren etablierten Parteien ein Dorn im Auge. Aber gerade deswegen ist sie so wichtig.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

Die Stellungnahme der DKP im Wortlaut:

Zu den Veränderungen im Schulbereich

Die DKP hatte getrennte Abstimmung verlangt, was ihr aber von der intoleranten CDU-Mehrheit strikt verweigert wurde. So blieb der Fraktion gar nichts anderes als Nein übrig, obwohl sich die Ablehnung nur auf die Herstellung des Einvernehmens bezog, während die Festlegung der neuen Schulbezirke befürwortet worden wäre. Dem neuen Namen der Schule als „Grundschule Viktoria Püttlingen-Ritterstraße“, stimmte die DKP zu. Zuvor hatte Franz Hertel folgende (leicht gekürzte) Stellungnahme abgegeben:

Es ist unbestreitbar, dass die Veränderungen im Schulbereich unserer Stadt in engem Zusammenhang mit der Schulpolitik der saarländischen Landesregierung zu sehen sind. Obwohl es landesweite Proteste gab, orientiert sich die Landesregierung weiterhin am Prinzip zweizügiger Grundschulen. Durch massive Beeinflussung des Kultusministeriums wurden die Kommunen unter Druck gesetzt und konnten nicht eigenverantwortlich über die Schulentwicklung in ihrem Wirkungsbereich bestimmen.

Niemand kann aus der Welt schaffen, dass die heute von uns geforderte Zustimmung zur Neuordnung des Schulwesens im Schatten einer Schulpolitik steht, die weiterhin stark umstritten und vom Kainsmal rigider Sparpolitik geprägt ist. Wir möchten nicht versäumen, wenigstens mit einem kritischen Seitenblick das fragwürdige Vorgehen der Landesregierung anzuprangern.

Natürlich wurde in Püttlingen schon seit geraumer Zeit über die künftige Schulentwicklung nachgedacht und es waren durchaus sinnvolle Lösungen, die zur Diskussion kamen. Was uns aber die Sache verleidet, ist der Druck aus Saarbrücken, mit dem wir zum Einvernehmen angetrieben werden.

Am 13. Mai forderte das Ministerium dazu auf, bis zum 15. Juni die Planung der Landespolitik abzunicken. Was anderswo als gut vorbereiteter Prozess verstanden und schrittweise abgewickelt wird, muss im Saarland binnen Monatsfrist übers Knie abgebrochen werden. Nach dem Motto: Der Kultusminister befiehlt und das Fußvolk in den Kommunen hat zu parieren. Mit wohl überlegter Schulpolitik hat diese Verfahrensweise nichts zu tun, zumal sich die Regierung dabei über landesweite Proteste hinweg gesetzt hat...

Was Püttlingen betrifft: Die Neuordnung im Schulbereich steht in engem

Zusammenhang mit der Errichtung eines pädagogischen Zentrums auf der Ritterstraße.

Bereits im Januar hatten wir ange mahnt, dass kein schriftliches Konzept für die Umsetzung dieser Planung vorliegt. Der Bürgermeister hat damals gemeint, das die Dinge noch in Vorbereitung seien und der Stadtrat zu gegebener Zeit damit befasst werde. Wir sehen das etwas anders. Uns reicht es nicht, abzuwarten bis die Verwaltung alles ausgebrütet hat und der Stadtrat nur noch abzunicken braucht.

Die DKP plädiert für die umgehende Vorlage eines Konzeptes, aus dem z.B. die geplante Zielstellung, eingeleitete Maßnahmen, Rahmenbedingungen, Finanzierung, schrittweise Umsetzung und Terminplanung hervorgehen und der Stadtrat schon im Vorfeld die Möglichkeit bekommt, seine Vorstellungen mit einzubringen...

Ein Alptraum Bildungspolitik?

Zu Beginn der Schuljahres 2005/2006 ist noch vieles offen. Und obwohl Minister Schreier die Schließung von 80 Grundschulen verfügt hat, haben über ein Drittel aller Gemeinden Widerstand angekündigt. Trotzdem bekamen die Kommunen strikte Anweisung, die „Reform“ unverzüglich umzusetzen. Aber schon kommen neue Hiobsbotschaften. So ist bereits die Rede davon, dass bald auch weiterführende Schulen geschlossen werden sollen.

Die saarländische Bildungspolitik als lange anhaltender Alptraum? Es sieht so aus. Deshalb ist es auch wichtig, über Alternativen zu diskutieren, denn eine andere Politik ist möglich.

Wir bieten Gelegenheit, mit dem Bildungsexperten Peter Balnis zu sprechen: 6. September im Lokal „Zum Graf“, Ringstraße. Natürlich werden auch Püttlinger Aspekte (z.B: Schaffung einer echten Ganztagschule) zur Sprache kommen.



Um massenweise Bücher ging es am 21. Juli bei einer Veranstaltung für die „Freiwilligen Ganztagschulen“ unserer Stadt. Bücherpakete mit rund 400 Exemplaren, die zu 90% aus dem Programm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ und der Rest aus Spenden des saarländischen Börsenvereins des Deutschen Buchhandels finanziert wurden, konnten übergeben werden. Neben Bürgermeister Speicher, den Vertretern der Schulen und der Kita war auch Edith Albert zugegen, die als Vertreterin der DKP teilnahm.

Interview mit dem WASG-Geschäftsführer Frank Unterschermann:

Zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften bereit

Seit einiger Zeit sind die bürgerlichen Parteien und ihre Medien außer Rand und Band. Es stinkt ihnen, dass WASG und PDS bundesweite Zusammenarbeit vereinbart haben und mit vereinter Kraft für die LINKSPARTEI bei der bevorstehenden Bundestagswahl werben. So kommt es, dass Lafontaine und Gysi mal als linke, mal als rechte Populisten beschimpft werden, als Fahnenflüchtige, Illusionisten und Lügner, die der Bevölkerung Weltfrieden, Grundrente, Mindestlohn und soziale Sicherung versprechen, aber angeblich nicht sagen, wo das Geld dazu herkommen soll. Andersrum wird natürlich ein Schuh daraus: Gerade, weil dies gesagt wird, sind etablierte Parteien und Medien so sauer und spucken Gift und Galle.

Vor allem in den westlichen Bundesländern hat die WASG stark an Einfluss gewonnen, nachdem viele Mitglieder und Wähler der SPD wegen Schröders schändlicher Politik ihrer Partei den Rücken gekehrt haben. Wir bringen nachfolgend ein Interview mit dem in unserer Stadt ansässigen Franck Unterschermann, der als Geschäftsführer für die saarländische WASG tätig ist.

Frage: Ist die WASG jetzt auch in Püttlingen vertreten?

Antwort: Püttlingen war bereits kurz nach der Entstehung des Vereins WASG im April 2004 Sitz einer Regionalgruppe, die damals noch den gesamten ehemaligen Landkreis Saarbrücken-Land abdeckte. Nach der Gründung der Partei WASG im Januar 2005 entstand aus dieser Regionalgruppe ein Ortsverband, der nun den Westen des Stadtverbands Saarbrücken umfasst, d. h. das Köllertal, die Mittelstadt Völklingen und das Warndt-Gebiet. Dieser Ortsverband wird sich am 11. September endgültig konstituieren und einen regulären Vorstand wählen.

Frage: Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Kräften, z.B. mit der Püttlinger DKP, werden von euch gesehen?

Antwort: Als noch im Aufbau befindliche Partei links von der neoliberalen Mainstream-SPD waren wir durch den Schachzug des Kanzlers Schröder besonders betroffen. Man kann annehmen, dass sich der überraschend herbeigeführte Neuwahl-Termin insbesondere gegen die entstehende neue Linke richtete.

In der Kürze der Zeit war für uns als WASG ein Wahlantritt zur Bundestagswahl nicht möglich. Wir kooperieren daher mit der saarländischen Linkspartei. Die Linke hat einzelnen Mitglie-



dern der WASG eine Kandidatur auf ihren offenen Listen ermöglicht. So ist der Spitzenkandidat der Linkspartei im Saarland, Volker Schneider, Mitglied der WASG. Als Direktkandidat im Wahlkreis Saarbrücken tritt das WASG-Mitglied Oskar Lafontaine an.

Wir möchten diese Zusammenarbeit in den nächsten zwei Jahren ausbauen und vertiefen, sind aber selbstverständlich auch zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften bereit, die sich aktiv gegen den neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft zur Wehr setzen. Dazu gehört auch die DKP, die ja hier im Püttlinger Stadtrat besonders stark verankert ist und auf eine lange Tradition zurückblicken kann. Obwohl wir uns derzeit zuerst auf die Bundestagswahl konzentrieren, sehe ich dennoch thematische Anknüpfungspunkte, die bereits vor der nächsten Kommunalwahl ausgebaut werden könnten, z.B. durch das Projekt einer kommunalen Sozialcharta.

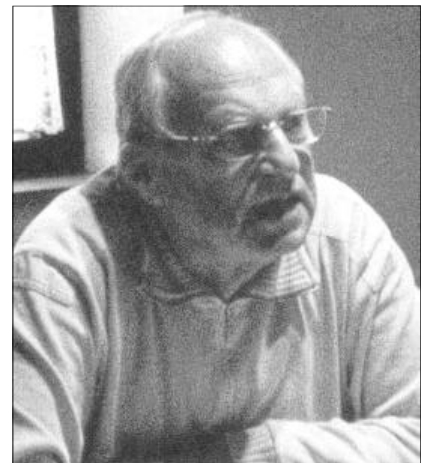
Frage: Welche konkreten Ziele stehen jetzt im Mittelpunkt?

Antwort: Da die WASG nicht selbstständig zur Wahl antritt, nutzen wir das gesteigerte politische Interesse zur Mitgliederwerbung und weisen mit Informations-Abenden, Info-Ständen und verschiedenen größeren Veranstaltungen überall im Land auf unsere Ziele hin. Wir wollen den politischen Wechsel in Berlin, mindestens aber eine möglichst starke Opposition gegen die neoliberale Koalition der etablierten Parteien. Deshalb unterstützen wir den Wahlkampf der Linkspartei durch eine klare Wahlempfehlung.

Frage: Welche Unterstützung kann die DKP im Wahlkampf leisten?

Antwort: Die DKP, als Teil des linken politischen Spektrums, unterstützt den Wahlkampf bereits dadurch, dass sie in ihren Publikationen auf den überall erkennbaren Abbau des Sozialstaates, auf die allgemeine Umverteilung von Unten nach Oben hinweist.

Die DKP im Püttlinger Stadtrat steht in der besonderen Verantwortung, die konkreten Auswirkungen dieser Politik vor Ort, für alle Bürgerinnen und Bürger aufzuzeigen und Alternativen anzubieten. Einen armen Staat und arme Kommunen können sich nur Reiche leisten. Schul-, Sporthallen- und Schwimmbadschließungen, ein zurückgehendes kulturelles Angebot, die Verwahrlosung des öffentlichen Raums sind die notwendigen Symptome einer verfehlten Politik.



Der Antifaschist Horst Bernard (DKP) kandidiert auf dem 4. Platz der Landesliste der Linkspartei für den Bundestag.

Mit Täuschung sollen Wähler bei der Stange gehalten werden:

Linkspartei hat die Etablierten aufgescheucht

Kaum wurde erkennbar, dass mit dem Formierungsprozess der Linkspartei der aussichtsreiche Versuch unternommen wird, mit einer starken Fraktion in den Bundestag zu kommen, da reagierten die etablierten Parteien.

SPD und Grüne machen jetzt plötzlich auf „links“ und tun so, als hätten die sieben Jahre ihrer Regierungszeit gar nicht stattgefunden.

Kapitalismus-Kritik herablässt, mag zum Schmunzeln anregen, weil jeder weiß, wie verlogen das Getue dieses SPD-Mannes ist.

Dass aber auch CDU-Ministerpräsident Peter Müller vor „Kapitalismus pur“ warnt und beteuert, die CDU sei „nicht die Partei des Kapitalismus oder des Neoliberalismus“, macht sehr deutlich, wie aufgescheucht die

Herrschenden sind. In betrügerischer Absicht versuchen sie, die wahren Ziele ihrer Politik zu vertuschen.

Die CDU will den Raubbau im Sozialbereich, bei Gesundheit und Demokratie noch rigoroser und rascher vollziehen, dem Großkapital noch höhere Profite ermöglichen. Dafür ist Müller auch bereit, sich nach Berlin abzusetzen, um in Merksels Team für das große Kapital mitzumischen.

Und im Saarland hinterlässt Müller „verbrannte Erde“:

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben.

Mit der 1. und 2. Stimme Linkspartei wählen.

DKP

In dieser Zeit wurden Kapitalgesellschaften massiv steuerlich entlastet, der Spitzensteuersatz erheblich gesenkt und auf eine Neuregelung der Vermögen- und Erbschaftssteuer verzichtet. Wenn beide Parteien nun eine „Millionärssteuer“ als vermeintlichen Wahlschlager aus der Taufe heben, ist das praktisch ein Offenbarungseid für die bisherige Politik. Denn für eine angemessene Beteiligung von Vermögenden und Spitzenverdienern an der Finanzierung des Gemeinwesens hatten SPD und Grüne in den letzten Jahren genügend Zeit. Stattdessen haben sie aber die öffentlichen Kassen durch Steuer geschenke an die Reichen ruiniert.

Dass sich Parteiboss Müntefering zu

● Heute ist das Defizit des Landes höher als vor der Teilentschuldung, eine weitere Neuverschuldung von 800 Millionen Euro im Jahre 2006 ist bereits eingeplant.

● Die Arbeitslosigkeit stagniert auf hohem Niveau, rund 73.000 Arbeitnehmer im Saarland (jeder Siebte!) hat nur noch einen Billig-Job. Weitere 20.000 müssten zusätzlich zu ihrer Haupttätigkeit einen Nebenjob annehmen, um ihren Lebensunterhalt absichern zu können.

● Infolge der von der CDU unterstützten Hartz-IV-Reform sind bereits mehr als 3.000 Arbeitnehmer im Saarland nicht mehr krankenversichert.

Man kann wieder wählen!

Bei der Bundestagswahl ist niemand gezwungen, sich zwischen Pest und Cholera zu entscheiden. Zum Glück gibt es außer den etablierten Parteien - ob unter Schröders oder Merkels Führung - eine neue politische Kraft: die Linke.

Die DKP begrüßt es, dass mit dem Zusammenschluss von PDS und WASG zur Wahlalternative: „Die Linke“ ein Weg eingeschlagen wurde, der zur Schaffung eines breiten Bündnisses aller sozialen Bewegungen, der Friedensbewegung, der antifaschistischen und antirassistischen Bewegung, der linken Gewerkschafter, der Linken insgesamt, führen kann.

Alle diese Kräfte müssen sich vor Ort einmischen und neue Formen der Zusammenarbeit finden. Denn, so wichtig eine linke Opposition im Bundestag ist, muss doch klar sein, dass Politikwechsel nicht allein im Parlament durchgesetzt werden kann, sondern erst durch Mobilisierung in den Betrieben und auf der Straße zur Realität wird.

Darum stellt die DKP die Entwicklung des außerparlamentarischen Kampfes und der sozialen Bewegungen in den Mittelpunkt. In diesem Zusammenhang unterstützen die Kommunisten in der DKP den Einzug der Linkspartei mit einer Fraktion in den Bundestag.

● Schon seit Jahren entgehen der Landeskasse jährlich etwa 200 Millionen Euro, weil 100 Betriebsprüfer fehlen und sich die Regierung erst jetzt bequemen will, diesbezüglich etwas zu tun.

● Ganz zu schweigen, vom Abbau des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes bei den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, von der zwangsweisen Schließung von Schulen und Einrichtungen in Saarland, von gebrochenen Wahlversprechen (z.B. völlige Kostenfreiheit für Kindergärten).

Wer derart das Land runter gewirtschaftet hat, kann kaum den Anspruch auf Kompetenz für eine menschenfreundliche Politik erheben. Darum muss man dem Parteienkartell CDU/CSU-FDP-SPD-Grüne die rote Karte zeigen!

Zitiert

Von einem, der es wissen muss

„Wir sind Zeugen und Betroffene der wohl radikalsten Umbrüche von Wirtschaft und Gesellschaft, welche die Menschheit bisher erlebt hat, nämlich durch die technologische Revolution und die damit verbundene Globalisierung von Ökonomie und Kultur. Dabei reden die politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten unter Berufung auf angebliche Gesetze des Marktes einer Wirtschaftsordnung das Wort, die über Leichen geht.

Diese kapitalistische Wirtschaftsordnung ist ein Verbrechen an Milliarden von Menschen, die in Armut, Krankheit und Unwissenheit leben müssen. In Wirklichkeit sind Armut und Hunger in der Welt wie auch Arbeitslosigkeit bei uns von Menschen gemacht und die Folge verantwortungslosen wirtschaftlichen und politischen Handelns...

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung produziert immer neues Unrecht. Wir brauchen eine neue weltweite Zähmung und Zivilisierung des vergötzten Kapitals...“

Dr. Heiner Geißler, ehemaliger Jesuitenschüler und CDU-Generalsekretär, von Helmut Kohl ausgebaut. (BSW-Magazin 2/2005)

Neonazis bekämpfen!

Auch in Püttlingen sollen durch Nazi-flugblätter die Hirne der Menschen vernebelt werden. Mit dem Motto „Sozialabbau, Rentenklaus, Korruption - Nicht mit uns!“ versucht die NPD, Scheinlösungen für real vorhandene soziale Probleme, wie Massenerwerbslosigkeit oder Sozialabbau, in die Öffentlichkeit zu tragen. Diese Scheinlösungen beruhen im Kern darauf, einen Teil der hier lebenden Menschen, z. B. Migrantinnen und Migranten, auszugrenzen und zu Schuldigen zu erklären. Dabei wird unterschlagen, dass Erwerbslosigkeit das Ergebnis des bestehenden Wirtschaftssystems und einer neoliberalen Wirtschaftspolitik ist, in der die Unternehmensgewinne immer vor dem Allgemeinwohl rangieren.

„... darf's noch etwas mehr sein?“



Nachtigall, ick hör dir tapsen:

Plötzlich wird Familienpolitik groß geschrieben

Das Bundesfamilienministerium hat Anfang 2004 offiziell angeregt, lokale Bündnisse für Familien ins Leben zu rufen. Die saarländische Familienministerin reagierte mit der Empfehlung, in den Gemeinden diese Idee umzusetzen. Die CDU-Frauenunion kündigte an, in allen Saar-Kommunen „lokale Bündnisse für Familien“ ins Leben zu rufen.

Mitte Juli fand nun auf Einladung von Bürgermeister Speicher und Ministerin Kramp-Karrenbauer eine Veranstaltung statt, wo das „Püttlinger Bündnis für Familien“ ins Leben gerufen wurde. Aufgabe dieses Bündnisses ist, wie der *Wochenspiegel Köllertal* am 27.7.05 berichtete, der „Zusammenschluss verschiedener gesellschaftlicher Gruppen mit dem Ziel, die Lebensbedingungen für Familien vor Ort zu verbessern“. Durch gemeinsames Engagement von Partnern aus Wirtschaft, Kommunen, Verbänden und Initiativen sollen Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie bei der Kinderbetreuung erreicht werden.

Es ist durchaus sinnvoll, wenn es innerhalb der Gesellschaft Kräfte gibt, die sich verstärkt um die Probleme der Familien kümmern wollen. Problematisch wird es aber, wenn durch diese „Selbstorganisation“ viele staatliche Aufgaben, vor denen sich die Regierenden zunehmend mehr drücken, auf die Kommunen und gesellschaftliche Bündnisse abgewälzt werden.

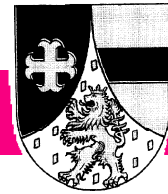
Wir sagen: Es ist gut, vor Ort zu über-

legen, wie das Leben in unserer Stadt familienfreundlicher gestaltet werden kann; aber Bund und Länder dürfen dabei nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Durch deren Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt es mehr als genug Probleme, unter denen die Menschen zu leiden haben:

Langanhaltende Arbeitslosigkeit, fehlende Lehrstellen und Folgen von Hartz IV treffen vor allem Familien mit Kindern. Jeder Siebte im Saarland hat nur noch einen Billig-Job, wie soll damit eine Familie leben? Probleme im Bildungsbereich (z.B. viel zu teure Schulbücher), Gebührenerhöhungen in den Kindergärten, steigende Tarife bei Bahnen und Bussen, wachsende Belastungen bei den Energiepreisen, Erhöhung der Mehrwertsteuer und viele andere Probleme belasten insbesondere die Familienhaushalte.

Das sind alles Fragen, bei denen sich die neoliberalen Politiker vornehm zurückhalten oder bewusst die Unwahrheit sagen. Stattdessen schwallen sie von der Notwendigkeit echter Familienpolitik. Wenn dann die Wahl vorbei ist und die Umsetzung der hochtrabenden Pläne ansteht, scheitert das oft an der Frage, wer es bezahlen soll.

Die zahlenmäßig große Wählergruppe der Eltern sollte also wachsam sein und ihre Stimmabgabe sorgfältig prüfen. Nur wer die genannten Probleme ernsthaft angeht, ist auch in der Lage, eine bessere Familienpolitik umzusetzen.



Wenn dem Fraktionsvorsitzenden wieder mal das Ohr klingelt...

... dann reden Püttlinger Bürger bestimmt über die DKP, weil sie Fragen oder Probleme haben. Dann dauert es meist nicht sehr lange, bis das Telefon läutet und die Betroffenen ihre Anliegen vorbringen. Soweit die DKP helfen kann, tut sie das unverzüglich. Erst jüngst gab es wieder einige Anfragen, welche die DKP-Fraktion zu Eingaben an die Stadt veranlasst haben:

Am Anfang Bildchenstraße fehlt ein Zebrastreifen

In letzter Zeit erhielten wir viele kritische Hinweise von besorgten Eltern, dass im Einmündungsbereich der Bildchenstraße in die Hengstwaldstraße ein gefahrloses Überqueren der Straße nicht gesichert ist.

Vor allem Schulkinder aus den Bereichen Ringstraße, Verbindungsstraße und der Altenkesseler Straße, die über die Hengstwaldstraße in Richtung Barbaraschule gehen, müssen bei der ehemaligen Volksbank den Einmündungsbereich bis zur gegenüber liegenden Kirche überqueren, was an dieser viel befahrenen Stelle nicht ohne Risiko ist.

Um mögliche Gefahren zu reduzieren, wird die Anlage eines Zebrastreifens für erforderlich gehalten.

Die DKP-Fraktion hat in einem Schreiben an die Stadt beantragt, dass umgehend die erforderlichen Maßnahmen für die Anlegung des Zebrastreifens eingeleitet werden, und zwar am Beginn der Bildchenstraße, unmittelbar zwischen dem Gebäude der ehemaligen Volksbank und der gegenüber liegenden Kirche Ritterstraße. Damit soll ein Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Schulkinder in diesem Bereich geleistet werden.

Ein Verkehrsspiegel für die Riegelsberger Straße

Klage von Köllerbacher Bürgern: Verkehrsteilnehmer, die vom Hixberger Weg kommend nach rechts in die Riegelsberger Straße einbiegen wollen, müssen auf Grund der unübersichtlichen Situation ziemlich weit in den Mündungsbereich einfahren, um die

Verkehrslage überblicken zu können. Schon mehrfach kam es dabei zu gefährlichen Situationen, weil andere Verkehrsteilnehmer nicht rechtzeitig erkennbar waren.

Im Interesse der Sicherheit erscheint die Anbringung eines Verkehrsspiegels in der Riegelsberger Straße, unmittelbar gegenüber dem Hixberger Weg, unbedingt notwendig. Deshalb hat die DKP-Fraktion die Verwaltung gebeten, sich umgehend um die Anbringung eines Verkehrsspiegels an der Landstraße 1.O 139 im Einmündungsbereich Riegelsberger Straße/Hixberger Weg zu bemühen. Damit soll das gefahrlose Einbiegen in die Riegelsberger Straße erleichtert und ein höheres Maß an Verkehrssicherheit erreicht werden.

Kurz und knapp

Sein 100-jähriges Stiftungsfest feiert der Löschbezirk Köllerbach der Freiwilligen Feuerwehr vom 2. bis 4. September im großen Festzelt auf dem Kirmesplatz Köllerbach, also an diesem Wochenende. Und dazu wünscht die DKP-Stadtratsfraktion, die selbstverständlich auch beim Festkommers vertreten sein wird, den Feuerwehrkameraden alles Gute und weiterhin erfolgreiches Wirken im Dienste der Allgemeinheit.

*

Ihr traditionelles Fest zum Weltkindertag feiert die Kindertagesstätte in der Püttlinger Espenstraße am 11. September. Der Selbsthilfverein hat dazu auch die DKP-Fraktion eingeladen. Natürlich wird diese wie jedes Jahr vertreten sein und wie immer die Gelegenheit nutzen, viele freundschaftliche Gespräche zu führen.

Ruhebänke auf dem Friedhof Engelsfeld

Schon mehrfach wurden wir von Besuchern des Friedhofes Engelsfeld angesprochen, dass es auf der Freifläche vor der Einsegnungshalle keine Sitzgelegenheit gibt, was vor allem älteren und behinderten Menschen Probleme bereitet. Neben der Friedhofshalle und unterhalb der Freifläche sind zwar jeweils eine Bank vorhanden, die aber so weit vom Geschehen entfernt sind, dass sie von den Trauergästen nicht angenommen werden.

Es wäre also ratsam, unmittelbar am Rande der Freifläche, dort wo immer die meisten Besucher warten, neue Sitzgelegenheiten aufzustellen. Die DKP-Fraktion hat diesbezüglich einen Antrag gestellt, damit vor allem ältere und behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger eine Möglichkeit bekommen, sich während den mitunter recht langen Wartezeiten etwas auszuruhen.

**Wünsche? Fragen?
Anregungen?**

Wir sind erreichbar!

Bitte schreiben oder anrufen:

DKP-Fraktion:

Franz Hertel, Geisbergstraße 12
66346 Püttlingen, Tel. 6 54 17

Moderne Rezepte für alte Probleme:

Können Stadtmarketing, Stadtmanagement, oder Stadtprofiling aus der Patsche helfen?

Die Kommunen sind finanziell krank. Immer neue Arznei wird ihnen von professionellen Beratern verordnet, zumeist mit langen Beipackzetteln zur Erklärung der Begriffe und mit Gebrauchshinweisen, wie oft und wie viel von der Medizin einzunehmen ist.

Handelt es sich um echte Chancen für nachhaltiges Gesundes oder um andauernde Selbstbeschäftigung der Patienten? Wird die Entwicklung der Städte inhaltlich befördert oder geht es um glänzendere Verpackung? Wer trägt die Kosten, wer verbraucht die Mittel, wer profitiert davon?

Das Thema soll am

**13. September (Dienstag), um 19.30 Uhr
im „Brauhaus“ am Burgplatz Püttlingen**

in einer Diskussion mit

Prof. Wolfgang Richter, Architekt und Stadtplaner

behandelt werden. Der Referent ist Mitglied des Stadtrates in Dortmund und über die Liste „Linkes Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ“ gewählt worden. Also ein Fachmann, der auch reichhaltige Erfahrungen in der Kommunalpolitik nachweisen kann.

Da lohnt es sich ganz bestimmt, an diesem Informationsabend mit freier Diskussion teilzunehmen.

Eine Veranstaltung der DKP-Stadtratsfraktion Püttlingen

**Solange Politik für
das Großkapital
gemacht wird...**



... haben die Kommunen keine echte Chancen, können Handel und Gewerbe nicht gedeihen.

Vorankündigung

12. Oktober 2005, 19.30 Uhr, im
Püttlinger Kulturbahnhof:

50 Jahre nach der Volksabstimmung über's Saarstatut

Eine Info-Veranstaltung der DKP mit dem Historiker Dr. Luitwin Bies

Stimme aus dem Volk

Unlängst beim Einkauf im Püttlinger Gemüseladen aufgeschnappt:

„Jetzt wolle se de Müller no Berlin hole, der hadd doch hier schon nur Murks gemacht. Awwer wahrscheinlich passt der gudd zu der Merkels, vunn der mer sowieso nix zu erwarde hann“.

Recht hat sie, die biedere Hausfrau mit dem kritischen Verstand!

Die Schröder-Regierung hat uns nach Strich und Faden betrogen, die CDU-CSU will es in Berlin noch schlimmer machen. Im Saarland haben wir davon einen Vorgeschmack bekommen. Deshalb jetzt die Opposition stärken:

Die Linke wählen!

Ratsmitglied Hans Schwindling im Werksausschuss:

DKP für stärkere Nutzung erneuerbarer Energien

Kosten für Heizöl, Gas und Elektrizität steigen unaufhörlich. Zugleich wachsen die Belastungen der Natur durch maßlose Nutzung bzw. Vergeudung der Ressourcen, erwärmt sich die Atmosphäre und kommt es immer öfter zu Naturkatastrophen.

Angesichts dieser Fakten ist es für die DKP unverzichtbar, sich verstärkt um die Nutzung regenerativer Energien zu bemühen. Dabei sieht sich die Partei keineswegs als „Vorreiter“ dieser Thematik. Auch andere haben sich dazu schon geäußert. So die SPD im Hauptausschuss, wo es um die Umrüstung von Fahrzeugen auf Biodiesel ging.

Nachdem das DKP-Ratsmitglied Fritz Kuhn unlängst eine Anfrage zur Nutzung von Fotovoltaik-Anlagen gestellt hatte und ihm geantwortet wurde, diesbezügliche Überlegungen seien im Laufen, aber mehr nicht geschehen ist, hat die DKP jetzt nachgefasst. Sie bean-



tragte, das Thema „Erneuerbare Energien“ in die Tagesordnung aufzunehmen. Hans Schwindling begründete am 12. Juli im Werksausschuss den Antrag der DKP. Er betonte, dass unsere Fraktion insbesondere wissen wolle:

- * bei welchen öffentlichen Gebäuden (Rathäuser, Schulen, Trimmtreff u.a.) Solaranlagen und/oder Fotovoltaikanlagen installiert werden können?
- * bei welchen öffentlichen Einrichtungen sich Möglichkeiten zur Nutzung von Erdwärmepumpen nutzen lassen?
- * wie diewünschenswerte Umstellung städtischer Fahrzeuge auf Biodiesel bewältigt werden könne?

Die Verwaltung erklärte, dass sie dem Einsatz erneuerbarer Energien aufgeschlossen gegenüber stehe. So seien an drei Schulstandorten bereits kleinere Fotovoltaikanlagen aufgebaut worden, an der Sportanlage Köllerbach würde eine Solarkollektorenanlage betrieben. Ein Anfang ist gemacht. Das reicht aber nicht aus. Der Stadtrat muss diese Sache im Auge behalten und die Verwaltung immer wieder daran erinnern.